



C Land.



Für den Landkreis München in Berlin.



Bela Bach MdB

#### Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Sitzungswoche in Berlin war intensiv und spannend. Wir haben eine Reihe von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht: die Grundrente, den Kohleausstieg und das Konjunkturpaket mit umfangreichen Investitionen in den Mobilitätssektor.

In aller Kürze möchte ich Sie daher über die wichtigsten Neuerungen im neuen Juli-Newsletter informieren.

Viel Spaß bei der Lektüre und Freundschaft!



### **Black Lifes Matter:**

## Mein Gespräch mit Verbandsvertreter\*innen

Am Mittwoch, den 1. Juli, habe ich mit hochrangigen Vertreter\*innen über antischwarzen Rassismus in Deutschland gesprochen.

Ein wichtiger Kernpunkt im Gespräch war, dass wir im Kampf gegen systematischen Rassismus und Rassismus im Alltag noch einen weiten Weg vor uns haben. Es ist wichtig, sich mit Betroffenen auzutauschen und ihren Forderungen zuzuhören. Auch staatliche Stellen müssen viel stärker in die antirassistische Gleichstellungsarbeit miteinbezogen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass wir niemanden in Deutschland aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität oder Aussehen ausgrenzen.



## Gesagt. Getan.

#### Die Grundrente kommt!

Mit der Einführung der Grundrente im Bundestag hat die SPD einen politischen Meilenstein erreicht. Ab dem 1. Januar 2021 werden etwa 1,3 Millionen Rentner und vor allem Rentnerinnen stark entlastet.

Arbeitsminister Hubertus Heil sagt dazu: "Es geht nicht darum, irgendwelche Almosen zu verteilen. Die Menschen haben sich den Anspruch erworben."

Zehn Jahre haben wir für die Grundrente gekämpft, jetzt endlich erhalten die Frauen und Männer, die viele Jahre lang hart gearbeitet haben, mehr Respekt und Anerkennung für ihre Leistung - und zwar nicht nur mit warmen Worten, sondern in Form von harter Währung. Wer 33 Jahre lang Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt und zwischen 30 und 80 Prozent des durschnittlichen Einkommens verdient hat, hat Anspruch auf die Grundrente.

Und: sie wird ohne Antrag automatisch ausgezahlt. Ohne Bedürftigkeitsprüfung. Hierfür haben wir uns als SPD-Fraktion unablässig eingesetzt und auch keine Konflikte gescheut.



# Kohleausstieg bis 2038.

# Nachhaltig und sozial.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wurde am Freitag, den 3. Juli beschlossen. Und er trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift. Bis 2038 verpflichtet sich Deutschland, sowohl aus der Atomenergie, als auch aus der Kohleenergie, vollständig ausgestiegen zu sein - Deutschland ist hier weltweit Vorreiter.

Das ist ein wichtiger Schritt hin zur Klimaneutralität im Jahr 2050.

Noch in diesem Jahr wird der erste Braunkohleblock vom Netz gehen, bis 2030 werden die Kapazitäten in der Braunkohle halbiert. Als SPD-Fraktion sind wir besonders stolz auf die Erfolge in der sozialen Umsetzung des Kohleausstieges.

Der Strukturwandel weg von fossilen Brennstoffen und hin zur sauberen Energieversorgung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer\*innen in unserem Land geschehen. Deshalb stellt der Bund insgesamt 40 Milliarden Euro bereit, um die sozialen Folgen des Kohleausstieges abzufedern. So sollen Braunkohlekraftwerkbetreiber finanziell entschädigt werden, wenn sie auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Ältere Arbeitnehmer\*innen in der Branche erhalten ein Anpassungsgeld, das sie einige Jahre vor der Rente beziehen können. Jüngere profitieren von dem Qualifizierungschancengesetz, das seit 2019 gilt. Den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen greifen wir auch strukturell unter die Arme, indem wir Straßen und Schienenwege ausbauen, dort Bundesbehörden ansiedeln und indem wir Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien schaffen.





In meinem letzten regulären Newsletter hatte ich über das Positionspapier zu den Missständen in der Fleischindustrie berichtet.

In einer aktuellen Stunde im Bundestag machte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil noch einmal klar: "Arbeitsschutz ist verdammt wichtig für unsere Gesellschaft und die Beschäftigten."

Mit den Missständen in der Fleischindustrie muss jetzt ganz klar aufgeräumt werden. Dabei müssen bestehende Regeln auf den Prüfstand, aber auch bestehende Gesetze und Verordnungen stärker durchgesetzt werden. Egal, woher

Arbeitnehmer\*innen kommen - ihnen müssen dieselben Rechte zustehen.





Im Thema des Tages mit B5 Aktuell am Mittwoch, den 1. Juli und einem Fernsehinterview in der BR Rundschau am Donnerstag habe ich deutlich gemacht, dass es ein gutes Signal der Bundesregierung im Konjunkturpaket war, ganz besonders die Elektromobililtät zu fördern. Mit der Kaufprämie für E-Autos kurbeln wir eine ganz besonders wichtige Sparte an, um nicht nur Verbraucher\*innen beim Neukauf zu entlasten, sondern auch der Automobilindustrie klar zu machen, dass ein Wandel bevorsteht.



